

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 12

Artikel: Das neue Statut der KP Chinas : eigentlich demokratischer als die sowjetische Parteiverfassung
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095549>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



10. Jahrgang Nr. 12
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 4. Juni 1969

Eigentlich demokratischer als die sowjetische Parteiverfassung

Das neue Statut der KP Chinas

Von Laszlo Revesz

In Anbetracht der Vorstellung von China als dem Land mit dem «härtesten» Kommunismus ist das neue Parteistatut, das am jüngsten Kongress der KPCh in Peking angenommen wurde, recht erstaunlich. Denn es nimmt sich demokratischer aus als die entsprechenden Texte der KPdSU (aus der liberaleren Chruschtschew-Aera) und der osteuropäischen Parteien. Wie sonst nur im sowjetisch abgewürgten tschechoslowakischen Statutenentwurf vom letzten Jahr werden etwa den Vertretern von Minderheitsmeinungen Rechte zugestanden, die Moskau immer als Häresie gegen die Parteidisziplin, den sogenannten «demokratischen Zentralismus» verstanden hat. Parteimitglieder haben keine strafrechtliche Immunität (wie in der UdSSR), dafür aber das Recht auf Austritt (in der UdSSR gibt es nur Ausschluss oder Tod). Allerdings kommt es auf die Wirklichkeit an, haben doch schon sämtliche kommunistische Parteiführungen ihre eigenen Statuten nach Belieben missachtet. Und der chinesische Text ist nicht nur kurz, sondern weitgehend auch so vage, dass er von den Machthabern nach Bedarf interpretiert werden kann.

Der im April abgehaltene IX. Parteikongress der Chinesischen KP hat u. a. auch ein neues Parteistatut verabschiedet, welches das vom VIII. Kongress 1956 angenommene, dem sowjetischen Statut von 1952 nachgeahmte ersetzt. Der Entwurf dieses Statutes wurde im Oktober 1968 vom XII. ausgedehnten ZK-Plenum erörtert und bestätigt, anschliessend den Parteikonferenzen in den Provinzen zur Diskussion zugestellt. Solche Konferenzen wurden in vielen Provinzen abgehalten, unter Teilnahme jener Parteimitglieder, die in den Revolutionskomitees der betreffenden Provinz ebenfalls mitwirken. Auf den gleichen Konferenzen wurden auch die Delegierten auf den IX. Parteikongress gewählt.

Das neue Parteistatut ermöglicht der jeweiligen Parteiführung eine weitgehend ausgedehnte Interpretation der einzelnen Thesen, da diese in den Paragraphen noch weniger detailliert und noch weniger genau umschrieben sind als früher. Diese Unklarheit begünstigt selbstverständlich immer die Machthaber, da ihre Hände nicht durch eine genaue Definierung der Grundsätze gebunden werden.

Der Unterschied zwischen dem heutigen Statut zum bisherigen von 1956 und zum sowjetischen von 1961 tritt schon in der Länge dieses wichtigen Dokumentes hervor. So besteht das neue Statut aus einer Einführung («Allgemeines Programm»), welche die Grundsätze enthält, und



Umsiedlung von Jugendlichen aus Peking in die Grenzgebiete (Photo: «China im Bild»). Die Sinisierung Sinkiangs und der Innern Mongolei macht Fortschritte. Das neue Parteistatut erwähnt die Autonomierechte der ethnischen Minderheiten nicht mehr.

IN DIESER NUMMER

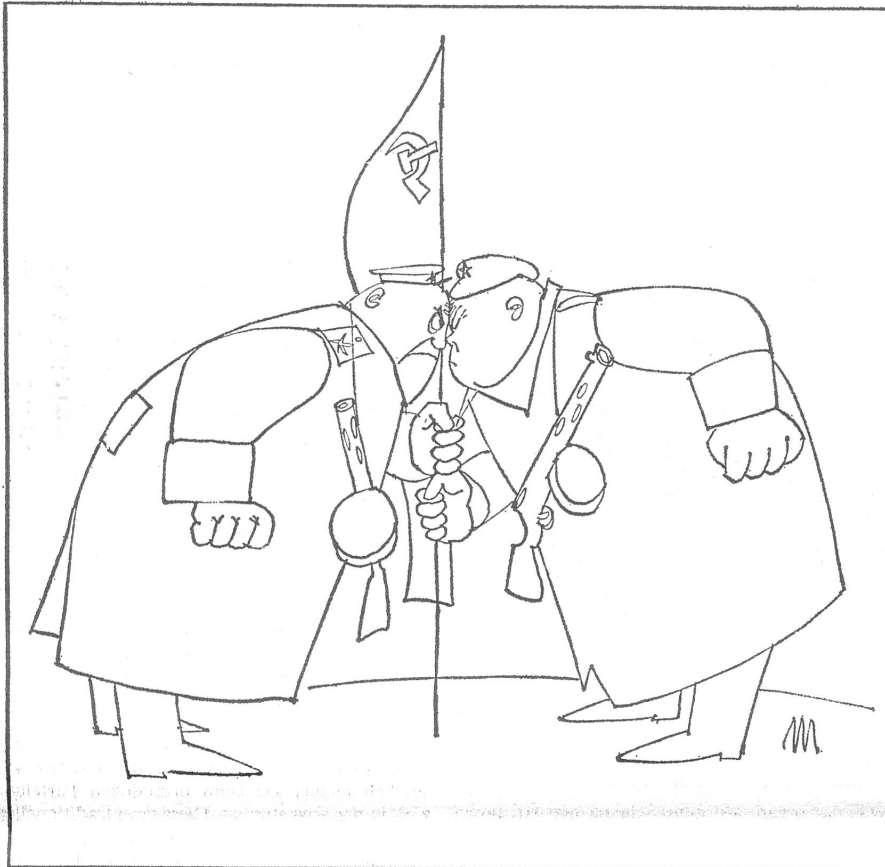
Maos Liturgie	4
Nach osteuropäischen Quellen zusammengestellte Einblicke in parareligiöse Riten Chinas.	
Lateinamerika-Uebersicht	5
Bericht unseres Korrespondenten aus Montevideo.	
Was wird aus der Frankophonie?	7
Frankreich wird seine Nachhilfe mit staatlichen Mitteln wahrscheinlich ändern.	
Nowosibirsk und Obninsk	8
Sowjetische Naturwissenschaftler in der innern Emigration.	
Stalin in Breitformat	9/10
Erstmals wieder seit 1956 macht der sowjetische Film Stalin zum Idol.	
Lin Piao contra Mao?	11
Vielleicht ist der designierte Nachfolger der dezidierte Rivale.	



Lin Piao ist als Kronprinz inthronisiert. Ist er trotzdem ein heimlicher Rivale Maos (siehe Seite 11)? (Photo: «Neues China»)

Bibliothek der
Bildg. Techn.
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

800



«Delo», Ljubljana.

12 Artikeln, alles in allem 3½ Seiten in Grossformat. Das frühere Statut bestand aus einer Einführung («Allgemeine Grundsätze») und 60 Artikeln (rund 43 Seiten). Das geltende sowjetische Parteistatut besteht aus 72 Artikeln.

Kampf gegen KPdSU unter den Grundthesen

Die Grundthesen im «Allgemeinen Programm» sind folgende:

- Im Sozialismus werden Klassen, Klassenwiderstände und Klassenkampf während einer langen Periode existieren.
- Die sich daraus ergebenden Widersprüche und Gegensätze können nur gestützt auf die marxistische Theorie und auf die Praxis der permanenten Revolution gelöst werden.
- Der Sozialismus muss unter den Bedingungen der Unabhängigkeit, mit ernsthaftem Kampf und mit grossem Einsatz aufgebaut werden («selbständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft»).
- Die chinesische KP ist Anhängerin des proletarischen Internationalismus und der Einheit mit den «wahren» marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der Welt.
- Die Partei kämpft gegen den von den USA geführten Imperialismus und gegen die modernen Revisionisten mit der «sowjetischen Renegatenclique an der Spitze».
- «Die Ideen Mao Tse-Tungs sind der Marxismus-Leninismus jener Epoche, in welcher der

Imperialismus einem totalen Zusammenbruch und der Sozialismus seinem weltweiten Sieg entgegengeht».

- Mao hat den Marxismus-Leninismus als Erbe übernommen und ihn auf eine völlig neue Stufe gehoben.

Von grundlegender Wichtigkeit ist die Erklärung, in welcher als «grundlegendes Programm» der Sturz der Bourgeoisie und aller anderer Ausbeuterklassen, die Errichtung der Diktatur des Proletariates, der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und als Endziel die Verwirklichung des Kommunismus angeführt werden. Hier fehlen jedoch, wie man etwa in der CSSR bemerkte, zwei Worte, nämlich: «In China». Sowohl das bisherige Statut als auch jenes der KPdSU und der übrigen Staatsparteien stellen diese Aufgabe nur auf das eigene Land beschränkt dar, auch wenn das als Voraussetzung der Verwirklichung des Weltkommunismus betrachtet wird. Mit diesem selbstverständlich beabsichtigten «Mangel» hängt auch eine andere Erklärung des «allgemeinen Programmes» zusammen: Die KPCh kämpft gemeinsam mit den «wahren» kommunistischen Parteien der Welt, mit dem Proletariat und den unterdrückten Völkern für die Zerschlagung der «Reaktionäre aller Länder» und des «Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Erdball».

Diese Erklärungen weisen darauf hin, dass sich die KPCh als die legitime Leiterin aller unterdrückten Klassen und Völker betrachtet, deren Mission die Befreiung der Welt von der Ausbeutung sei.

Ethnische Minderheiten neuerdings ausser Betracht

Es fehlen im neuen Statut mehrere Grundprinzipien der KP sowjetischer Prägung: Beispielsweise die Hinweise auf die innerparteiliche Demokratie, das Verbot von Spaltungs- und Fraktionstätigkeit, die kollektive Führung usw. Alle diese Prinzipien fanden im Statut von 1956 Platz, da dieses nach sowjetischem Vorbild angefertigt war. Im Gegensatz zum bisherigen Statut fehlt ferner ein Hinweis auf die Gleichberechtigung der Minderheiten und auf die Verurteilung des «Grosshanismus» (= Gross-Chinesismus), was eventuell bedeuten dürfte, dass sich Mao vermehrt auf die Chinesen stützen will. Es hiess in den «Allgemeinen Grundsätzen» des Statutes von 1956 u. a.: «Die KP Chinas muss besondere Anstrengungen unternehmen, um die Lage der nationalen Minderheiten zu verbessern, ihnen zu helfen, sich selbst zu verwalten... Die Partei ist gegen jegliche, die Zusammenarbeit der Völker hemmende Tendenz sowohl des Gross-Nationalismus als auch des lokalen Nationalismus. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass unter den Parteimitgliedern und Funktionären des Staatsapparates der Tendenz des Gross-Hanismus vorgebeugt wird». Es ist kein Zufall, dass gerade diese wichtige Erklärung des letzten Statutes jetzt ignoriert wurde!

«Demokratischer Zentralismus»: Geradezu nach Prager Vorbild!

Die sowjetische Fachliteratur (Partijnaja Schisn, Nr. 7/1969, S. 75) wirft dem chinesischen Statut vor, es enthalte auch den organisatorischen Grundsatz aller kommunistischen Parteien, den demokratischen Zentralismus, nicht, was jedoch nicht stimmt. Der umfangreichste Artikel des Statutes, Art. 5, ist direkt diesem Problem gewidmet. Allerdings wird dieser Begriff anders definiert als im alten Statut (Art. 19) und im sowjetischen Parteistatut (ebenfalls Art. 19). Art. 5 des neuen Statutes erinnert an den gescheiterten Entwurf des Statutes der KP der Tschechoslowakei vom Sommer 1968, der folgendes erklärt (u. a.): «Wenn ein Parteimitglied eine andere Meinung zu den Beschlüssen oder Weisungen der Parteiorganisation hat, ist ihm erlaubt, seine Meinung beizubehalten, und es steht ihm das Recht zu, sich direkt an jedes höhere Organ bis zum Zentralkomitee und Vorsitzenden des ZK zu wenden». Der sowjetischerseits am meisten kritisierte Art. 19, Lit. e, des tschechoslowakischen Statutenentwurfes von 1968 lautete folgendermassen: «Das Parteimitglied hat das Recht... bei Respektierung und Erfüllung des Willens der Mehrheit, die eigene Meinung aufrechtzuerhalten und auf der Grundlage von neuen Kenntnissen und den praktischen Erfahrungen der angenommenen Beschlüsse die erneuerte Erörterung seines Standpunktes... zu verlangen». Im Art. 3 des tschechoslowakischen Statutenentwurfes wurde dieser Gedanke ebenfalls aufgegriffen. Wie P. Rodionow in der sowjetischen Stellungnahme bekanntgab, sei die freie Meinungsäusserung für die Minderheit, der Schutz der Rechte der Minderheit eine ernsthafte Gefährdung des «unerschütterlichen» Parteiprinzipes des demokratischen Zentralismus. Nach ihm muss das Recht der Minderheit auf die Aufrechterhaltung ihrer Meinung zur Anarchie innerhalb der Partei führen: «Ist es nicht klar, dass das sogenannte 'Recht der Minderheit' (die von der Mehrheit angenom-

menen Beschlüsse nicht auszuführen) die Grundlage des demokratischen Zentralismus untergräbt, die Parteidisziplin, die organisatorische Struktur, die Einheit der Parteireihen schwächt? Und schliesslich, kann man die Verletzung des Willens der Mehrheit... als demokratisch betrachten? Eine solche Erscheinung kann tatsächlich antidemokratisch genannt werden, sie bringt Desorientierung mit sich, verletzt die Einheit der Partei, führt zur bürgerlichen Anarchie» (Prawda, 9. 7. 1968, S. 3—4). Das chinesische Statut geht noch weiter als der tschechoslowakische Entwurf, weshalb die sowjetische Fachliteratur summarisch erklärt, der demokratische Zentralismus fehle im chinesischen Statut.

Die Mitgliedschaft in überraschend weiten Grenzen

Das chinesische Statut scheint auch im Zusammenhang mit der Aufnahme der Parteimitglieder in die Partei «demokratischer» zu sein, als das sowjetische oder das bisherige chinesische Statut. Es heisst im Art. 2: Bei der Aufnahme neuer Mitglieder oder Kandidaten muss man «die Meinungen der Massen innerhalb und ausserhalb der Partei weitestgehend anhören». Eine solche Forderung fehlt in allen kommunistischen Parteistatuten der Gegenwart! Erst in der sowjetischen Parteiliteratur der letzten Zeit tauchte die Frage auf, ob die Aufnahme neuer Mitglieder und Kandidaten an offenen Parteiversammlungen erfolgen könne oder nicht, ohne dass jedoch eine Antwort gegeben worden wäre.

Eine wichtige, aber keinesfalls neue Bestimmung des Statutes ist, dass dem Parteimitglied das Recht auf den Austritt aus der Partei zusteht, wobei jedoch zur Gültigkeit des Austrittes die Zustimmung der Mitgliederversammlung der Zelle (Grundorganisation) verlangt wird. Die gleiche Bestimmung fand sich im Art. 11 des bisherigen Statutes. Der neue Art. 4 ergänzt jedoch die bisherige Bestimmung folgendermassen: «Wenn notwendig, sollte der Austritt den Massen ausserhalb der Partei bekanntgegeben werden». Auch diese Zeilen zeugen davon, dass die chinesischen Kommunisten auf die Massen grösseren Einfluss nehmen wollen als es bis dahin der Fall war und als die übrigen Staatsparteien. Im sowjetischen Parteistatut wird kein Austritt erlaubt: Die Parteimitgliedschaft hört hier mit dem Tode oder mit dem Ausschluss aus der Partei auf.

Von Wichtigkeit ist auch folgende Bestimmung, welche in keinem anderen Statut (auch im bisherigen chinesischen nicht) zu finden ist: Parteimitglied kann sein: «jeder chinesische Arbeiter, arme Bauer, untere Mittelbauer, revolutionäre Armeemitglieder oder jeder andere revolutionäre Mensch Chinas, der das 18. Lebensjahr vollendet hat.» Der Klassencharakter der Partei wird durch diesen Paragraphen ein bisschen in den Hintergrund gedrängt, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass — wie man in der sowjetischen Literatur ständig lesen kann — die chinesische Partei sehr viele kleinbürgerliche Elemente und Intellektuelle aufnahm und dass diese sogar in den höchsten Organen zu finden sind. Die chinesische KP kann also auch «klassenfremde» Elemente in die Partei aufnehmen, wie sie dies auch in der Vergangenheit getan hat.

Ein wesentlicher Mangel des neuen Statutes ist, dass es keinen Artikel über die Grundsätze der Wahlen in der Partei, bzw. des Partei-Wahlrechts hat, wie beispielsweise Art. 24 des sowjetischen Statutes. Es heisst nur im Art. 5: «Die

leitenden Parteiorgane aller Ebenen werden durch demokratische Konsultationen gewählt».

Was die Struktur der Partei betrifft, verbleibt im wesentlichen alles beim alten. Auf allen Ebenen, bis zum ZK bzw. dem Parteikongress hinauf, gibt es je zwei Exekutivorgane, nämlich das Komitee (Zentralkomitee) und den Ständigen Ausschuss. Die Bedeutung der Parteikongresse bzw. (auf den niederen Ebenen) der Parteikonferenzen wird dadurch eingeschränkt, dass diese alle fünf Jahre (der Kongress) bzw. alle drei Jahre (lokale Konferenzen) einberufen werden sollten. Sie können aber vorverlegt oder verschoben werden (Art. 8 und 10). Eine solche Bestimmung findet sich in keinem anderen Statut. Es ist das ZK (Art. 6), welches über die Einberufung entscheidet, wodurch seine Machtfülle gestärkt wird. Das frühere Statut hat dem ZK eine solche Machtstellung nicht eingeräumt, wie auch Art. 30 des sowjetischen Parteistatutes nicht. Art. 31 des 1956er Statutes enthält folgenden Absatz: «Das Zentralkomitee beruft jährlich einmal die Plenartagung des Parteitagess ein. Auf Beschluss des Zentralkomitees kann unter aussergewöhnlichen Umständen der Tagungstermin verschoben oder vorverlegt werden. Fordert ein Drittel aller Delegierten oder ein Drittel aller Provinzparteiorganisationen die Einberufung einer Plenartagung des Parteitagess, so hat das Zentralkomitee dieser Forderung nachzukommen». Das geltende Statut hat die jährlichen Plenartagungen des Parteitagess nicht einmal erwähnt.

Kronprinz institutionalisiert

Was das organisatorische Schema betrifft, findet man einen kleinen Unterschied zu den osteuropäischen Statuten: Die Grundorganisationen (allgemeine Parteizellen) werden in der chinesischen KP nur nach dem Produktionsprinzip — in Betrieben, Behörden, Schulen usw. — errichtet; das Statut kennt die territoriale Grundorganisation in den Wohnbezirken (bei den Hausverwaltungen) nicht (Art. 11).

Schliesslich müssen zwei Dinge besonders hervorgehoben werden:

1. Es ist ein nie dagewesener Fall, dass eine Parteiverfassung eine Art «Kronprinz-Institution» einführt. Es heisst im «allgemeinen Programm» des Statutes: «Genosse Lin Piao hat konsequent das grosse rote Banner der Gedanken Mao Tse-tungs hochgehalten und die proletarische revolutionäre Linie des Genossen Mao Tse-tung am treuesten und standhaftesten befolgt und vereinnahmt. Genosse Lin Piao ist der nächste Kampf-

gefährte des Genossen Mao Tse-tung und sein Nachfolger».

2. Unter den Hauptaufgaben der Grundorganisation wird die Anleitung zu Studium und Anwendung «des Marxismus, des Leninismus, der Mao Tse-tung-Ideen» auf der ersten Stelle angeführt. In diesem Sinne machte Art. 3, Punkt 1, zur ersten Pflicht des Parteimitgliedes, «den Marxismus, den Leninismus, die Mao Tse-tung-Ideen lebendig zu studieren und anzuwenden». Auch das «allgemeine Programm» äusserte sich in diesem Sinne: «Die Kommunistische Partei Chinas macht den Marxismus, den Leninismus, die Mao Tse-tung-Ideen zu der theoretischen Grundlage, von der sie ihr Denken leiten lässt.» Diese Bestimmung scheint darauf hinzuweisen, dass die Chinesen die sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau endgültig ablehnen und im Sinne der Gedanken Mao Tse-tungs ein eigenes, chinesisches Modell des Sozialismus herbeiführen wollen.

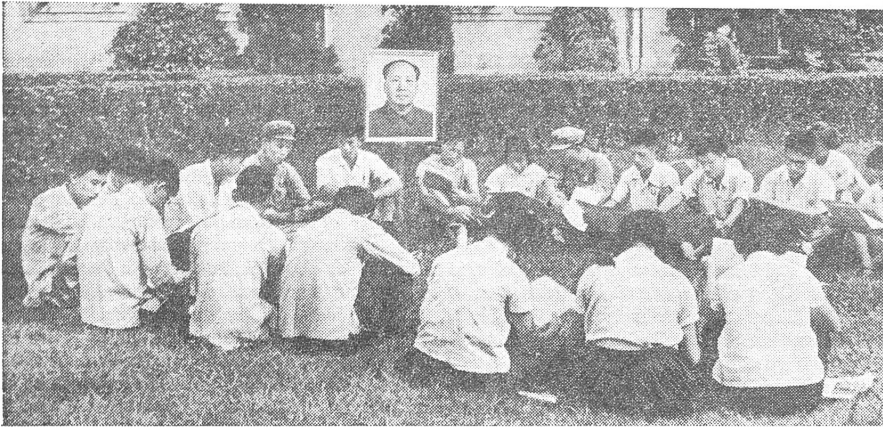
Weniger Privilegien für KP-Mitglieder als in den «revisionistischen» Parteien

Im Vergleich zum sowjetischen Parteistatut hat das neue chinesische Statut einen unzweifelhaften Vorteil: Es unterlässt es, den Parteimitgliedern zwei wichtige Privilegien gegenüber den übrigen Staatsbürgern zu sichern: nämlich die strafrechtliche Immunität (sowjetisches Statut, Art. 12) und das Monopol auf die Kaderpolitik (Art. 2, Lit. h). Dadurch wird zwischen Parteimitgliedern und Volksmassen die Distanz wesentlich kleiner als beim orthodoxen Parteityp, z. B. in der Sowjetunion. Diese zwei traditionellen Bestimmungen des sowjetischen Parteistatutes führten zur Entstehung der neuen Elite, einer neuen Klasse, beinahe im Sinne eines neuen halbfeudalen Adels. Es war Chruschtschew, der 1961 in seinem Kampf gegen den Apparat im Parteistatut 1961 dieser negativen Entwicklungstendenz entgegenzutreten wollte, indem er in Art. 25 das «Prinzip der systematischen Erneuerung» der einzelnen Parteiorgane im Statut verankerte. Dadurch wollte er jene schon traditionell gewordene Anschauung bekämpfen, dass Parteileute ihre Funktion und ihre Stelle im Apparat als ein Fideikommiss betrachten. Nach seinem Sturz wurde jedoch diese gesunde Neuerung rückgängig gemacht (23. Kongress 1966). Das Fehlen dieser beiden Bestimmungen weist auch darauf hin, dass das chinesische Parteistatut ein Statut neuen Typs ist, mit Vor- und Nachteilen. Der Riss in der

(Fortsetzung auf Seite 4)



Mit Dampf in die Linkskurve. Oelfeld von Dajjing.



Die Mao-Liturgie

Der Marxismus-Leninismus hat in den kommunistischen Ländern nicht nur die Züge einer Staatsreligion angenommen, sondern ist auch bestrebt, alle Lebensäußerungen des Menschen mit einer eigentlichen Liturgie zu begleiten. Die Kirche heisst hier die Partei, das Konzil ist die Sitzung des Zentralkomitees, und es fehlt nicht an einem Papst, der mit dem jeweiligen Chef der KPdSU oder in China mit Mao Tse-tung identisch ist. Man kennt Irrlehren hier als «Abweichungen», und die Inquisition ist wohl mit der Geheimpolizei identisch.

Die Feste der Partei werden genau nach den Regeln der Partei-Rituale gefeiert. Ebenso gibt es eine Art Heiligenkult, das sind die grössten Persönlichkeiten, die Helden der Arbeit, führende Funktionäre. Ihr Leben wird auch den Kindern in der Schule erzählt, ihre Gedenktage sind im Kalender angestrichen. Wir finden eine Art Gebete, Lieder, Sprüche, Chöre. Wir finden heilige Fahnen, Symbole. Wir finden sogar die Beichte; denn wer sich gegen die Partei verfehlt hat, muss das vor der Parteiversammlung öffentlich bekennen, bereuen, Besserung versprechen und dafür Busse tun. Die Feste der Partei — von Jugendweihe bis zur Grabweihe — sind in Osteuropa weitgehend bekannt, ihre Verbreitung wird mit Geld und Agitation vorangetrieben.

Viel weniger bekannt waren uns bis jetzt die dementsprechenden Bräuche in China. Nach osteuropäischen Darstellungen läuft das Leben eines Chinesen etwa folgendermassen ab:

Es ist früh morgens. Radio Peking beginnt seine Sendungen. Ein Loblied auf Mao ertönt im Aether, und der Ansager wünscht dem Vorsitzenden alles Gute. Alle Menschen eilen in

die Fabriken, aber sie werden an den Strassen von halbwüchsigen Jugendlichen empfangen und begleitet, die in Sprechchören die «Wegweisungen des Grossen Führers» deklamieren. Die Werktätigen erreichen ihre Arbeitsstellen, aber die Arbeit beginnt nicht sofort. Jedermann stellt sich im Hof in die Reihe, wo in Begleitung von Mao-Zitaten die obligatorische Morgengymnastik ausgeführt wird. Danach kommt die sogenannte «Tschin-si»-Zeremonie, d. h. alle müssen die Befehle und Anweisungen der Leiter erhalten.

Am Schreibtisch läutet das Telephon. Der Beamte nimmt den Hörer ab, aber anstelle des üblichen «Hallo» sagt er zuerst folgendes: «Es lebe 10 000 Jahre lang Präsident Mao!»

Etwa seit zwei Jahren sind diese neuen Zeremonien in China eingeführt. Sogar der telephonische Zeitdienst beginnt die Ansage mit dem Spruch auf das grenzenlos lange Leben Maos, oder er wünscht dem Stellvertretenden Vorsitzenden Lin Piao Gesundheit und Wohlergehen, wie es eben für diesen Tag im Automat eingestellt ist.

In der Mittagspause haben die Werktätigen wieder Gelegenheit, lange Zitate aus Maos Werken anzuhören. Am Feierabend versammeln sie sich nochmals vor dem Mao-Bild im Betrieb um noch einmal gemeinsam laut Mao-Weisheiten aufzusagen zu können. Diese Zeremonie heisst «Huej Pao», auf deutsch eine Berichterstattung an den Vorsitzenden über die tägliche Arbeit. Wenn keine Versammlung oder Demonstration für diesen Tag vorgesehen ist, kann man dann nach Hause gehen.

Der ganze Tag ist also mit Zeremonien überfüllt. Aber auch die Feiertage bedeuten keine Pause in dieser Beziehung. Um den Kult möglichst weiterzuentwickeln, hat man alle bisherigen traditionellen Volksfeste einer Ueberprüfung unterzogen.

Das Blatt «Kuangming Ribao» beschrieb kürzlich eine maoistische Hochzeit. Sie fand im Gebiet Hunan statt, und sie war nach dem Bericht «Schauplatz der Propaganda der maoistischen Ideen und der breiten revolutionären Kritik». Das Fest begann mit der Intonation der Lieder «Roten Osten» und «Weder Vater noch Mutter können mit der Liebe des Präsidenten Mao wetteifern». Braut und Bräutigam beugten sich dann dreimal vor dem Bild des grossen Führers. Dann kamen die Festreden. Zuerst sprach der Präsident der Versammlung der armen und mittleren Bauern, dann der Leiter der Produktionsbrigade und andere Vertreter der Volkskommune. Alle lobten die Ideen des Vorsitzenden Mao und beschimpften den Verräter Liu Schao-tschü. Die Zeremonie war damit zu Ende.

Kürzlich wurde in China das Fest des Frühlings gefeiert. Das ist das älteste und beliebteste Fest des Landes. Früher dauerte es tagelang und wurde mit Theater- und Zirkusvorstellungen sowie mit Feuerwerk bereichert. Freunde und Verwandte besuchten und beschenkten einander, wie es im Abendland zu Weihnachten üblich ist. Für die Werktätigen war an diesem Fest wohl das Wichtigste, dass sie sich vier Tage lang erholen und die Geselligkeit geniessen konnten. Für viele Leute war es die einzige Möglichkeit dazu, denn in China gibt es laut osteuropäischen Berichten noch keine bezahlten Ferien für Arbeitnehmer. Seit zwei Jahren können sich aber die Familien nicht einmal am Frühlingsfest treffen. Die Partei hat nämlich unter dem Vorwand der Sparsamkeit das Frühlingsfest verboten. Eine längere Reise zu den Eltern oder Verwandten ist somit fast eine Sache der Unmöglichkeit geworden. Die Heimkehr von Jugendlichen, die in die Dörfer zur Arbeit verbannt oder verpflichtet wurden, ist besonders untersagt. Jetzt wird eine neue Art von «revolutionären» Frühlingsfesten propagiert. Der Höhepunkt der neuartigen Feierlichkeiten ist laut Renmin Ribao das intensive Studium der «drei populären Artikel des Vorsitzenden Mao».

Die rote Liturgie dürfte zweifellos in China ihre höchstentwickelteste Form erreicht haben. Aber keines der volksdemokratischen Länder scheut Opfer und Zeit, die «Staatsreligion» Marxismus-Leninismus zu verbreiten. Auch hier umfasst die Ersatzreligion und ihr Kult die ganze menschliche Existenz. Während das Bedürfnis des Menschen nach einer religiösen Bindung gelegentlich wird und sie zum schädlichen Ueberbleibsel des primitiven Aberglaubens deklariert wird, sieht sich die allein herrschende Staatspartei gezwungen, alle äusseren Formen der so verachteten Religionen zu übernehmen. Michael Csizmas

Chinas Parteistatut

(Fortsetzung von Seite 3)

kommunistischen Weltbewegung wird dadurch vollständig. Die hinter der KP Chinas stehenden 28 Parteien und Parteigruppen werden andere organisatorische Prinzipien und andere Einstellung zum Kontakt mit den Massen haben als der sowjetische Block mit seinen zirka 80 Parteien. Die Bedeutung des neuen chinesischen Parteistatutes ist also vor allem darin zu sehen, dass es trotz seiner Kürze neue ideologische und organisatorische Rahmen für die chinesische KP und für die hinter ihr stehenden Parteien gewährte. Die KP Chinas war Mitte der dreissiger Jahre eine ganz kleine Organisation mit lediglich 10 000

Mitgliedern. Diese Zahl ist 1945 auf 1,2 Millionen gestiegen, und vor der Kulturrevolution (Sommer 1966) hatte sie schon 18 Millionen Mitglieder, womit sie die grösste Parteiorganisation der Welt wurde. Im Rahmen der Kulturrevolution wurden zweifelsohne viele Parteiorganisationen geschwächt und vernachlässigt, viele Parteikomitees wurden zerschlagen (da Mao den gegen ihn eingestellten Apparat liquidieren wollte); die Führung wurde den entsprechenden Revolutionskomitees übertragen. Wie gross momentan die Partei ist, wurde nirgends bekanntgegeben. Wie man jedoch auf Grund der Diskussion auf dem IX. Parteikongress sehen kann, will die KPCh jetzt neue Mitglieder werben und sich festigen. Eine feste und einheitliche Partei wird natürlich eine noch grössere Gefahr und eine noch ernsthaftere Rivalität für die KPdSU bedeuten. ■